

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 79 (1999)
Heft: 10

Rubrik: Poision

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ulrich Pfister

WAHLHERBST

Mit *Finale furioso* könnte man den Oktober – zumindest in politischer Hinsicht – kennzeichnen. Die Bundesversammlung sollte das Paket der Bilateralen Verträge mit der Europäischen Union samt flankierenden Massnahmen genehmigen und damit die mühselige Aufbauarbeit nach dem EWR-Nein abschliessen, die sie während fast zwei Legislaturperioden begleitet und beschäftigt hat. Es wird wohl zu einem Referendum und damit zu einem Volksentscheid im nächsten Frühjahr kommen. Vor diesem Hintergrund finden zwei Wochen nach dem Parlamentsentscheid die Erneuerungswahlen für den National- und grösstenteils auch für den Ständerat statt. Auch wenn diese ihre Schatten vorausgeworfen und die konkurrierenden Parteien zu mannigfachen Profilierungsübungen animiert haben – von Antisteuерinitiativen bis zu Nachrichtendienstmanövern –, so muss doch anerkennend festgehalten werden, dass die Integrationsdebatte kaum von kurzsichtigen Geplänkeln gestört wurde. Zu sehr ist man sich auf allen Seiten der Grundsätzlichkeit dieser Entscheidung bewusst, und zu sehr sieht man andererseits bei den flankierenden Massnahmen die Notwendigkeit einer breit abgestützten Mehrheitsfindung. So liegt denn für wahlpolitische Schachzüge kaum etwas drin – im Gegenteil, der Wahltermin erzeugte den nötigen Zeitdruck, um vorher dieses Dossier noch abzuschliessen und Klarheit über die Position aller Parteien zu schaffen.

Blickt man auf die gegensätzlichen Grundhaltungen bezüglich der Aussenpolitik, die einen wesentlichen Anteil an der Polarisierung und Verhärtung des politischen Klimas haben, so muss die Einigung auf den bilateralen Kompromiss als bemerkenswerte Leistung der Regierung und des Parlamentes gewürdigt werden. Ähnliches gilt für andere Ziele der abgelaufenen Legislatur, wie die Reduktion der Arbeitslosigkeit, die Stabilisierung des Haushalts und markante Liberalisierungsschritte. Alles in allem ein Erfolgsausweis der Politik, zu dem die Wirtschaft natürlich auch einiges beigetragen hat. Und trotzdem ist die Stimmung mehr als gedämpft, scheinen Politik und Wirtschaft zwar am selben Strick, aber in verschiedener Richtung zu ziehen und befehden sich die Regierungsparteien in geradezu gehässiger Weise. In ihrem Vorrat an Gemeinsamkeiten werden Verfalldaten sichtbar. Die Frage von Koalitionen – und seien es

nur opportunistische Listenverbindungen zur Restenverwertung – führt zu parteiinternen Streitereien. Und das ungestillte Bedürfnis nach einfachen, klaren, kämpferischen Botschaften findet reichlich Nahrung in wiederauflebenden ideologischen Freund-Feind-Schemata, die sich leicht vermarkten lassen.

Die Kluft zwischen diesen beiden Wahrnehmungsebenen ist gross. Auf welcher Ebene spielt sich nun der Wahlkampf ab – und auf welcher Ebene wird das neue Parlament seine Arbeit aufnehmen? Man kann aufgrund der bisherigen Kampagnen unschwer prognostizieren, dass sich die gereizte Stimmung in den Wahlergebnissen niederschlagen wird. Auch wenn die vielen kleineren Wahlkreise stabilisierend wirken, dürfte es zu signifikanten Gewinnen und Verlusten kommen. Der Krebsgang der Kleinparteien wird wohl nicht aufgehalten werden, und die bürgerlichen Parteien der Mitte werden Wunden zu lecken haben. Im Parlament hingegen dürfte die erfolgreiche Problemlösungsmechanik weiter funktionieren. An der Zusammensetzung des Bundesrates wird sich vorläufig nichts ändern und ebenso wenig an den flexiblen Mehrheitsbeschaffungsprozessen primär unter Interessengruppen. Allen Status quo-Beschwörungen zum Trotz wird der Reformbedarf sowohl an der Innen- wie an der Aussenfront weiter zunehmen und die Rechte noch öfter in Opposition treiben. Vielleicht hilft die sich gegenwärtig akzentuierende Polarisierung und Blockierung sogar mit, den Leidensdruck zu erhöhen und den Durchbruch zu strukturellen Reformen auch in der Politik vorzubereiten. Die nächsten vier Jahre könnten durchaus von dieser Agenda geprägt werden.

Zu hoffen bleibt, dass in der personellen Besetzung des neuen Parlaments nicht nur Stimmungsmacher, sondern auch Problemlöser zu finden sein werden. Der Grossandrang auf den Listen täuscht darüber hinweg, dass die Auswahl an multifunktionalen Milizpolitikern immer schmäler wird. Das hängt mit der intensiveren Belastung von Verantwortungsträgern in allen Bereichen zusammen. Auch Bundespolitiker sein ist zwar noch nicht ganz ein Vollzeitjob, aber ein anspruchsvoller Beruf. Und an der Professionalität der Politik wird das neue Parlament vor allem arbeiten müssen, wenn es unseren Staat mit Zuversicht ins kommende Jahrhundert führen will. ♦